

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG  
Landesamtsdirektion

---

Zahl: LAD-9/659-1991

Eisenstadt, am 3. 9. 1991

Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird; Stellungnahme.

Telefon: 02682 - 600  
Klappe 2221 Durchwahl

Bezug: 551.363/1-VIII/1/91

An das  
Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Schwarzenbergplatz 1  
1015 Wien

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird, erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung folgende Stellungnahme abzugeben:

Das Konzept des 2. Verstaatlichungsgesetzes beinhaltet seit jeher als wichtigen Bestandteil eine ausreichende Vertretung der Länder im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft. Mit dem vorliegenden Entwurf werden jedoch die Einflußmöglichkeiten der Landesgesellschaften in erheblichem Maße eingeschränkt. Abgesehen davon, daß, soweit ersichtlich, den Landesgesellschaften kein Anteil an "in Namensaktien ausgewiesenem Grundkapital" zusteht, verhindert das Erfordernis eines Anteils von mindestens 10 % dieses in Namensaktien ausgewiesenen Grundkapitals für ein Mandat im Aufsichtsrat jedenfalls eine ausreichende Vertretung der Landesgesellschaften im Aufsichtsrat.

Der vorliegende Entwurf kann aus diesen Erwägungen in der vorliegenden Form von ho. Seite nicht akzeptiert werden.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:  
Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

*Schiller*

- 3 -

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 3. 9. 1991

1. ✓ Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,  
1017 Wien, 25-fach,
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landes-  
amtsdirektoren),
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.  
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:  
Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

*Schiller*

13/SN - 63/ME

Dem Nationalrat	
Zl. .... 63	GE 1991
Datum: 1 1. SEP. 1991	
Verf. .... <i>Flauer</i>	

*Dr. Königsgger*